

# Streit um Unterbringung der Nothilfebezüger

**Asylreform** Die Firma ORS betreut künftig alle abgewiesenen Asylsuchenden in den bernischen Notunterkünften. Im Unterschied zu Caritas und Heilsarmee erledigt sie dies massiv billiger. Wie sie dies schafft, bleibt unklar.

Andres Marti

Wie viel soll die Betreuung von rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden den Kanton Bern kosten? Für die Mehrheit des Kantonsparlaments und des Regierungsrats ist klar: so wenig wie möglich. Konkret geht es um den Auftrag für die Betreuung der drei geplanten sogenannten Rückkehrzentren. Bereits bekannt war, dass die gewinnorientierte Firma ORS aus Zürich Ende letzten Jahres dafür den Zuschlag erhalten hatte. Verlierer waren die Hilfswerke Caritas und Heilsarmee. Ein Schreiben, das dem «Bund» vorliegt, offenbart nun die grosse Preisdifferenz zwischen dem Angebot von ORS und den Angeboten der beiden Hilfswerke.

## Zwei Millionen billiger

So offerierte ORS den fünfjährigen Betrieb der kantonalen Rückkehrzentren für den Betrag von 3,28 Millionen Franken. Die Heilsarmee und Caritas hingegen wollten 5,25 beziehungsweise 5,54 Millionen Franken haben – also rund zwei Millionen Franken mehr. Da der Kanton den Preis als Zuschlagskriterium mit 40 Prozent veranschlagt hatte, gab dies letztlich den Ausschlag: Für ORS gab es hier die volle Punktzahl, für Caritas und Heilsarmee null.

Über die Höhe der Preisdifferenz zeigen sich Fachleute aus dem Asylbereich erstaunt: Die Betreuung in den Unterkünften für abgewiesene Asylanten sei auf ein Minimum reduziert, sagt etwa Peter Siegenthaler, Präsident von Asyl Berner Oberland und Thuner SP-Gemeinderat. «Dass dies eine so grosse Preisdifferenz ergibt, ist für mich deshalb sehr erstaunlich.»

Für die Heilsarmee – die zu den Verlierern der bernischen Asylreform gehört – ist die Preisdifferenz laut dem eingangs zitierten Schreiben «besorgniserregend». Sie habe sich bei ihrem Angebot an die heute gültige Abgeltungspraxis gehalten, betont das christliche Hilfswerk. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung in der Betreuung abgewiesener Asylsuchender sei es für sie deshalb «schlicht nicht nachvollziehbar», wie die erfor-



Für die Betreuung von abgewiesenen Asylsuchenden ist künftig die gewinnorientierte Firma ORS zuständig. Foto: Manu Friederich (Archivbild)

## «Die Betreuung in den Unterkünften für abgewiesene Asylsuchende ist auf ein Minimum reduziert.»

Peter Siegenthaler  
Präsident Asyl Berner Oberland

derliche Betreuungsqualität zum offerierten Preis durch ORS sichergestellt werden könne.

## Sparen bei den Ärmsten?

Spart die profitorientierte ORS also auf dem Buckel von Menschen, die von lediglich acht Franken pro Tag leben müssen?

Beim zuständigen Amt für Bevölkerungsdienste (Abev) ärgert man sich über diese Frage. Der geäußerte Verdacht entbehre «jeglicher Grundlage», schreibt Amtsleiter Markus Aeschlimann per Mail. Eine Erklärung, wie es ORS schafft, knapp 40 Prozent billiger als die Konkurrenz zu offerieren, kann er nicht liefern. Informationen zum Inhalt der Angebote unterlägen dem Geschäftsgeheimnis der Anbieter. Die rechtlichen Vorgaben liessen der Betreiberin aber keinen Spielraum, um die vom Abev verlangten Dienstleistungen zu kürzen, betont Aeschlimann. Er

weist ausserdem darauf hin, dass niemand gegen den Zuschlag Einsprache eingereicht habe. Im Übrigen habe man in der Stadt Bern mit der Führung des Bundeszentrums durch ORS «sehr gute Erfahrungen» gemacht.

Kritiker der von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP)

## Nur noch das Allernötigste

Mit der Reorganisation der Flüchtlingsbetreuung reagiert der Kanton Bern auf die beschleunigten Asylverfahren auf Bundesebene. Wer bleiben darf, soll schneller integriert werden, wer einen Negativbescheid erhalten hat, muss das Land hingegen rasch verlassen. Für jene, die nicht ausreisen, gilt ein Nothilferegime: Statt Asylsozialhilfe erhalten sie nur das Allernötigste, eine Krankenversicherung und acht Franken Bargeld am Tag. Ausbildungen,

angestossenen Asylreform lassen sich aber davon nicht überzeugen. Die Preisdifferenz lasse sich nur über Einsparungen beim Personal erklären, so Roland Beeri, ehemaliger Asylkoordinator des Kantons Bern. «Entweder beschäftigt man weniger Leute oder bezahlt sie schlechter.» Freilich

jegliche Arbeit und Deutschkurse sind nicht mehr erlaubt. Zudem werden die Abgewiesenen in sogenannten Rückkehrzentren untergebracht. Dort soll die Betreuung der «Ausreisepflichtigen» laut Asylstrategie des Regierungsrats «auf ein Minimum» beschränkt sein. Im Vordergrund steht für die Regierung die «Vermeidung von Störungen im Betriebsablauf und die Gewährleistung der Sicherheit in und um die Rückkehrzentren». (ama)

könnte man die Differenz auch ganz anders erklären: Womöglich haben die vorherigen Player, Heilsarmee und Caritas, im Asylbereich zu viel Geld vom Kanton verlangt. Für Beeri ist das wenig plausibel: Er habe lange mit der Heilsarmee zusammengearbeitet. Die Ressourcen in diesem Bereich seien immer sehr knapp bemessen worden: «Ich sehe einfach nicht, wie man in dieser Branche Gewinne machen kann.» Als «zynisch» bezeichnet er, dass das Abev den Preis derart stark gewichtet. «Bei der Betreuung von Menschen kann doch nicht hauptsächlich der Preis ausschlaggebend sein», findet der Ex-Asylkoordinator.

Das sehen allerdings nicht alle so, selbst Gesinnungsfreunde. Für Peter Siegenthaler von Asyl Berner Oberland ist die starke Gewichtung des Preises nämlich «nicht unüblich», wie er auf Anfrage sagt. Auch müsse das tiefe Angebot von ORS «nicht zwingend» mit einer schlechten Betreuung der Flüchtlinge einhergehen, so der Thuner Gemeinderat.

## ORS bleibt vage

ORS selber sagt zu den Vorwürfen wenig. Auch zum Betreuungsschlüssel will sich das Unternehmen aus Zürich nicht äussern. «Wir bitten um Verständnis, dass wir uns zu finanziellen Aspekten nicht öffentlich äussern.» In der per Mail versandten Antwort bleibt ORS-Sprecher Lutz Hahn vage: ORS habe die kantonalen Behörden mit einem Angebot überzeugt, das explizit auf den in den Ausschreibungsunterlagen aufgeführten Leistungsanforderungen aufgebaut sei. Die Betreuungsaufgaben in den Rückkehrzentren würden gemäss den eigenen «hohen Qualitätsanforderungen» und den kantonalen Vorgaben erbracht.

Unterdessen macht der Kanton Bern bei den Notunterkünften weiter vorwärts. Per Brief informierte das Abev letzte Woche rund 600 Nothilfebezüger über ihren bevorstehenden Umzug in die Zentren. Diese werden nun bereits ab April gestaffelt eröffnet. Die Verlegung kann nicht angefochten werden.

## «Wir alle müssen jetzt unsere Gewohnheiten überdenken – auch die Fahrenden»

**Wileroltigen** Grossrat Michel Seiler lehnt den Transitplatz für ausländische Fahrende ab – eine schwierige Position für einen Grünen.

Er scheint leicht aufgebrach zu sein. «Es ist gottfriedstutz nicht die Aufgabe des Staates, solche Plätze motorisierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.» Dies schreibt der grüne Grossrat Michel Seiler in einem Leserbrief, den er gestern verbreitete. Deshalb sei er gegen die Bereitstellung von Transitplätzen für ausländische Fahrende. Er wäre auch dagegen, schreibt Seiler, wenn ein solcher Platz für Welsche, Tessiner oder Randständige gedacht wäre «oder für Mehr- oder Minderheiten welcher Art auch immer».

Die Abstimmung über den Transitplatz für ausländische Fahrende in Wileroltigen findet

am 9. Februar statt. Die bernische Stimmbevölkerung hat zu entscheiden, ob in der Gemeinde westlich von Mühleberg an der Autobahn ein Platz mit 36 Stellplätzen für 180 Fahrende erstellt werden soll. Die Anlage würde 3,3 Millionen Franken kosten.

Seiler, der in Trubschachen das Kinder- und Jugendheim Vordere Stärenegg betreibt, führt einen zweiten Grund für seine Ablehnung an: Der rasant wachsende individuelle motorisierte Verkehr vertilge immer mehr Kulturland, was im hohen Mass «unsere Erdenexistenz «verschmälert». Wenn man das nicht wolle, schreibt er, «müssen wir alle jetzt unsere Gewohnheiten

überdenken und neu gestalten – auch die Fahrenden».

## Ökologie über allem?

Fahrende sollen aus ökologischen Gründen nicht mehr fahren? Der Erhalt von Kulturland wird höher gewichtet als die Kul-



Michel Seiler – Handwerker, Heimleiter und Grossrat. Foto: rmo

tur einer Gruppe von Menschen, die zudem in der Schweiz Unrecht erfahren hat? Vertritt Seiler da nicht eine etwas schwierige Position? Eine, die zudem an die von einigen Grünen lancierte, aber von den Parteigremien abgelehnte Ecopop-Initiative erinnert, welche die «Überbevölkerung» eindämmen wollte? Gilt für Seiler Ökologie mehr als der Mensch?

Auf keinen Fall, sagt Michel Seiler auf Anfrage. Er habe nicht mitgeholfen beim Sammeln von Unterschriften für das Referendum gegen den Transitplatz, er sei auch nicht im Komitee. Seiler distanziert sich in aller Form von der «Grusecke», wo die Frem-

denfeindlichkeit zu finden sei. «Ich habe absolut nichts gegen Fahrende», sagt er.

Er sei aber überzeugt, dass dieser Transitplatz keine gute Lösung sei, sagt er. Wenn der Kanton Fahrenden einen solchen Platz baue, betrachte er sie eben gerade nicht als gleich-, sondern als minderwertig. Ihm dagegen sei Selbstverantwortung wichtig.

«Ich möchte gern eine Lösung, die ganzheitlich ist», sagt er, eine Lösung, die allen Beteiligten eine positive Entwicklung ermögliche. Das wäre der Fall, wenn Fahrende an Orten Standplätze beziehen könnten, wo Freundschaften entstünden oder wo es zumindest zu Begegnungen käme. In

Wileroltigen dagegen werde den Fahrenden ringsum Hass entgegenschlagen. Das bringe niemandem etwas – auch den Fahrenden nicht, sagt Seiler.

Mit seiner Position scheint Seiler innerhalb der Grünen weitgehend isoliert zu sein. Natalie Imboden, Co-Präsidentin der Kantonalpartei, spricht «von einer Einzelmeinung, die wir falsch finden». Die Partei hat zum Transitplatz die Ja-Parole beschlossen – mit lediglich einer Neinstimme. Gerade gegenüber den Fahrenden bestehe eine moralische Pflicht, sie zu unterstützen, sagt Imboden.

Dölf Barben